

Presseerklärung

www.ifi-hamburg.de

Hamburg, den 04.01.2018

Jahrestag: 2 Jahre Dachverband der Initiativen für erfolgreiche Integration (IFI)

- Fortschrittsbericht HGI/IFI zur Unterzeichnung der Bürgerverträge –

Die im Juli 2016 abgeschlossenen Bürgerverträge¹ beinhalten die Forderungen der Volksinitiative zu einer 'Guten Integration' für **ganz Hamburg**. Im Bürgervertrag heißt es dazu auf Seite 31/32:

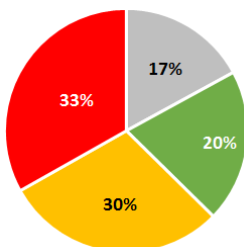
„Auch Stadtteile, die sich bisher noch nicht in solche Diskussionsprozesse eingebracht haben, sind herzlich eingeladen, ihren Weg zu suchen. Derartige Verständigungen sollen gerade nicht das Privileg einzelner Stadtteile sein – **sondern ein Angebot an die ganze Stadt.**“

Als die Gründung des Dachverbandes IFI am 04.01.2015 in Klein Borstel erfolgte, ist ganz sicher keine/r der Anwesenden davon ausgegangen, dass damit eine Verpflichtung bis Ende 2020 eingegangen wurde. Bereits der Fortschrittsbericht 2016/2017 verdeutlicht, dass HGI, der Dachverband IFI und alle Bürgerinitiativen in der Stadt die Umsetzung des Themas dringend überwachen müssen.

Die Umsetzung der Bürgerverträge in der Stadt zeigt ein sehr unterschiedliches Bild. Dabei sind sowohl örtliche Unterschiede (Bezirke) zu erkennen, Unterschiede in der inhaltlichen Umsetzung als auch „prinzipielle Probleme“. Folgende Überschriften drücken das aus:

- **Ein wirklicher Perspektivwechsel – Integration hat Vorrang – hat in der Stadt nicht umfassend stattgefunden. Dezentralisierung als Grundlage für Integration findet nicht statt.**
- **Falsche Grundsatzentscheidungen der Stadt – wie das Bauen nach „§ 246 BauGB“ und die Großprojekte „Perspektive Wohnen“ – behindern die Umsetzung der Bürgerverträge und die Durchmischung immer noch nachhaltig.**
- **Die aktuell geringe Zuwanderung verdeckt das nach wie vor bestehende strukturelle Problem der Stadt.**

Graphisch drückt sich das im folgenden Bild aus:



Bei der Betrachtung der gewichteten Regelungspunkte sind etwa **1/3 als „ROT“** zu bezeichnen. Hier ist die Planung oder Umsetzung durch die Stadt abweichend vom Bürgervertrag erfolgt. Es besteht Handlungsbedarf für die Stadt, das zu korrigieren. Im Einzelfall ist fraglich, ob die Stadt die im Konsens vereinbarten Punkte erfüllen kann.

Da diese Bewertung die besonders wichtigen Regelungspunkte zu den Integrationsanforderungen enthält, wird **der Integrationserfolg dadurch nachhaltig gefährdet.**

¹ Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“, Drucksache 21/5231, Juli 2016

Presseerklärung

www.ifi-hamburg.de

Einige wichtige und konkrete Punkte, deren Umsetzung aussteht bzw. nicht auf dem Weg gebracht wurde, sind:

- Es werden, aufgrund der geringen Flüchtlingszahlen, **keine weiteren, neuen öffentlich rechtliche Unterbringungen (öRU)** geplant.
- Ein „**Zentrale Koordinierungsstelle für Integration**“ (ZKI) wurde bisher nicht gebildet.
- Das **Wohnungsbauprogramm** der Stadt Hamburg reicht nicht aus, um auch für die Flüchtlinge ausreichenden, dezentralen Wohnraum zu schaffen.

Die Integration ist insgesamt – trotz der Bemühungen - eher nicht auf einem guten Weg. Die Ursachen sind klar:

- **Keine politische Führung und Verantwortungsübernahme**
- **Keine funktionierende, ressort-übergreifende Projektleitung**
(Fehleinschätzung der Größe, Komplexität und Zeitdauer der Aufgabe)
- **Keine Korrektur erster politischer Fehlentscheidungen aus 2015**
(Konzentration statt Dezentralisierung)
- **Keine ausreichenden und garantierten finanziellen Ressourcen.**
(s. a. Gutachten)

Das sind alles Klassiker, an denen üblicherweise Projekte scheitern!

Jasmin Peter: „Auch wenn wir immer wieder auf einen guten Willen bei den Verantwortlichen stoßen den Bürgervertrag umzusetzen, müssen wir in vielen konkreten Fällen feststellen, dass es in der Umsetzung nicht klappt. Die Situation mit den KITA-Plätzen bei uns vor der Haustür ist ein gutes Beispiel dafür! Wir hoffen, dass eine Ampel auch hier weiterhilft und rechtzeitig einen Handlungsbedarf aufzeigt. ROT heißt ja nicht gescheitert. Es heißt, da ist dringender Handlungsbedarf!“

Harald Lübker: „Bei unserer Bürgerinitiative für drei Stätteile und 8 Unterkünfte mit den verschiedensten Regelungen müssen selbst wir uns immer wieder klar machen, welche Regelung und welches Ziel bei welcher Unterkunft wann ansteht! Die Ampel strukturiert für uns noch einmal diese Aufgabe und richtet auch unseren Blick immer wieder auf die zentralen Fragen!“

Klaus Schomacker: „Es ist wichtig, die Ampel als Werkzeug zu begreifen, dass bei der erfolgreichen Umsetzung der Bürgerverträge helfen soll und nicht als Instrument, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen. Manche Regelungen müssen – aus den verschiedensten Gründen – über rot und gelb gehen. Wichtig ist, dass am Ende alle Felder grün sind. Ein ROT, d. h. einen Vertragsbruch, darf und wird es am Ende nicht geben. Aber die Stadt und deren Führung haben noch viel zu lernen.“

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker
Tel.: 01578 / 3 28 55 55

klaus.schomacker@t-online.de